



Josip Juratovic MdB
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Josip Juratovic, MdB, begrüßt Beschluss der SPD-Bundestagsfraktion zum EU-Beitrittsprozess der Westbalkanstaaten

Berlin, den 7. Februar 2023

Josip Juratovic MdB

Berliner Büro:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Paul-Löbe-Haus, Raum: 5.734

Telefon: +49 (0)30-227 70 107

Fax: +49 (0)30-227 76 114

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro:

Untere Neckarstraße 50

74072 Heilbronn

Telefon: +49 (0)7131-598 72 28

Fax: +49 (0)7131-598 72 33

josip.juratovic.wk@bundestag.de

Die SPD-Bundestagsfraktion hat am 7. Februar ihr Positionspapier „Die Westbalkanstaaten auf ihrem Weg in die Europäische Union unterstützen“ beschlossen. In dem Dokument bekräftigt die Fraktion das Ziel einer EU-Vollmitgliedschaft der Staaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien und entwirft eine Perspektive zur Beschleunigung des Beitrittsprozesses.

„Seit dem Versprechen des Europäischen Rates in Thessaloniki im Jahr 2003 hat die EU durch zögerliches Handeln und durch häufig innenpolitisch bedingte Blockaden in der Erweiterungspolitik viel Vertrauen und Glaubwürdigkeit in der Region eingebüßt. Hiervon haben nationalistische Akteure vor Ort profitiert, die ethnische Konflikte gezielt befeuern um sich staatliche Strukturen und Ressourcen zu eigen zu machen und so demokratische und rechtsstaatliche Fortschritte unterminieren“, erklärt der Abgeordnete und Berichterstatter der SPD für den Westbalkan im EU-Ausschuss, Josip Juratovic. „Aktive Unterstützung genießen sie dabei durch Russland, China und die Türkei, die durch das Schüren von Konflikten in dieser Region im Herzen von Europa, umgeben von EU-Mitgliedsstaaten, ihre eigenen geopolitischen Interessen vorantreiben.“

Um diese Entwicklung zu durchbrechen setzt die SPD-Bundestagsfraktion drei Schwerpunkte: Waren in der Vergangenheit die häufig ethnisch-nationalistisch geprägten Eliten in den Regierungen die zentralen Ansprechpartner in der Region, muss zukünftig die Stärkung der **Demokratie statt Stabillokratie**, insbesondere durch eine Kooperation mit demokratischen und reformorientierten Partnern in den Parlamenten, im Mittelpunkt stehen. Gleichzeitig bedarf es eines flexibleren Ansatzes des **Entgegenkommens und der**



Konditionalität im Beitrittsprozess, der Fortschritte schneller durch eine verstärkte Einbindung und Zusammenarbeit belohnt, im Gegenzug aber auch Rückschritte eindeutig sanktioniert. Finanzielle Hilfen gilt es strikt an die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, der unabhängigen Medien und der demokratischen Institutionen zu binden. Schließlich benennt die Fraktion die Überwindung der ethnisch-nationalistischen Konflikte und die **Förderung regionaler Kooperation**, auf staatlicher wie zivilgesellschaftlicher Ebene, als Grundstein und Schlüssel für eine langfristige positive Entwicklung des Westbalkans.

„Der Berliner Prozess hat auf Antreiben von Bundeskanzler Olaf Scholz Ende letzten Jahres durch Übereinkommen u.a. zum gemeinsamen regionalen Markt, zur Energiesicherheit, zur Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Qualifikationen und zu Ausweisdokumenten eine neue Dynamik in die Region gebracht. Diese Chance müssen wir nutzen um unserer Verantwortung den Menschen gegenüber vor Ort, die den europäischen Traum eines Lebens in Frieden, Sicherheit und Wohlstand hegen, gerecht zu werden. Es ist auch in unserem ureigenen Interesse als Europäerinnen und Europäer, den Westbalkan nicht länger im Spannungsfeld geopolitischer Auseinandersetzungen hängen zu lassen, sondern fest in unserer Mitte zu integrieren“, so Juratovic.

Für Rückfragen steht Ihnen unser Berliner Büro gerne zur Verfügung.